

# Nicht mehr als eine Million Franken pro Jahr

**Lohnlimite für Kaderärzte** Der Kantonsrat hat das Spitalgesetz revidiert. Er beseitigt Fehlanreize im Vergütungssystem der Spitäler.

**Susanne Andereg**

Es war eine epische Debatte, die der Kantonsrat in drei mehrstündigen Sitzungen geführt hat. Die zentrale Frage lautete: Wie sollen sich die Zürcher Spitäler in naher Zukunft entwickeln? 2023 erlässt der Regierungsrat eine neue Spitalliste. Darauf sind jene Spitäler aufgeführt, die einen Leistungsauftrag für die stationäre Versorgung von Grundversicherten erhalten. Im Spitalgesetz definiert der Kanton die Anforderungen an diese Spitäler. Bereits beschlossen hat er vor vier Wochen, dass die Vergütungssysteme der Listenspitäler keine Anreize für Ärztinnen und Ärzte bieten dürfen, mehr als nötig zu operieren.

Gestern ging es nun noch um die konkrete Ausgestaltung des Lohnmodells für die vier kantons-eigenen Betriebe: Universitätsspital, Kantonsspital Winterthur (KSW), Psychiatrische Universitätsklinik (PUK) und Integrierte Psychiatrie Winterthur (IPW). Unbestritten war im Rat, dass die ärztlichen Zusatzhonorare künftig vollständig in die Betriebsrechnung fliessen sollen. Heute bleibt die Hälfte der Honorareinnahmen in der jeweiligen Klinik oder Abteilung und wird von den Chefärzten an die Kaderärztinnen oder Kaderärzte verteilt. Diese können ihren Lohn also direkt beeinflussen, indem sie ihren Zusatzversicherten Patientinnen mehr oder weniger aufwendige Behandlungen empfehlen.

**Nicht tiefer, um weiter Weltspitze sein zu können**

Neu wird die Spitalleitung die Löhne mit den Kaderärztinnen und -ärzten verhandeln, wobei die Politik einen Rahmen vorgibt. Wie eng oder weit dieser sein soll, darüber gingen im Kantonsrat die Meinungen auseinander. Der Regierungsrat sah in seinem Vorschlag eine Lohnobergrenze bei 1 Million Franken vor. «Tiefer sollte die Grenze nicht sein, wenn das Unispital weiterhin Weltspitze sein will», sagte Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP).

Die Grünen wollten die Limite tiefer ansetzen, bei 750'000 Franken. Jeannette Büsser (Zürich) argumentierte mit dem Unispital Lausanne, das laut einem Ran-



Unispital Zürich: Eine Handvoll Ärzte verdient heute mehr als eine Million Franken. Foto: Urs Jaudas

king des Nachrichtenmagazins «Newsweek» als bestes Schweizer Spital gilt und wo der Höchstlohn 550'000 beträgt.

Ausser der AL konnten die Grünen aber keine andere Frak-

tion überzeugen. Selbst die SP sprach sich für die Million aus, wobei sie im Gesetz explizit festgehalten haben wollte, dass diese Vergütung auch die universitäre Lehr- und Forschungstätig-

keit des ärztlichen Kaders abgilt. Gegen jeden Lohndeckel waren FDP und SVP. Es gebe zwar Exzesse, sagte Jörg Kündig (FDP, Gossau), «aber die dürfen nicht verallgemeinert werden».

Die Grünliberalen, die in der ganzen Debatte um das Spitalgesetz oft mit der FDP stimmten, positionierten sich für einmal in der Mitte. «Wir stehen zum Wettbewerb, aber wir stehen nicht zum Egoismus», sagte Claudia Hollenstein (Stäfa) und wies darauf hin, dass es nur um wenige Personen gehe – am Unispital verdient nur eine Handvoll Ärzte über eine Million Franken. Schliesslich obsiegte der Regierungsantrag klar.

Umstritten war im Rat auch, ob die Löhne einen variablen Anteil haben dürfen und welche Faktoren dabei wie stark gewichtet werden sollen. Die Grünen plädierten – diesmal zusammen mit AL und SP – vergeblich für einen Fixlohn. Ihr Argument: Variable Lohnbestandteile seien intransparent und führten zu Neid in den Teams.

Die Ratsmehrheit hielt maximal 30 Prozent variablen Anteil für richtig. Bei der Beurteilung sollen drei Faktoren berücksichtigt werden: die Qualität des Spitals und der Klinik, der wirtschaftliche Erfolg des Spitals und der Klinik sowie die individuelle Leistung der Angestellten. Mark Wisskirchen (EVP, Kloten) wollte auch die Patienten- und die Mitarbeiterzufriedenheit als Beurteilungskriterien festlegen, erreichte für seinen Antrag aber keine Mehrheit.

**Stadt Zürich setzt Grenze bei 800'000 Franken**

Der Kanton hinkt mit den neuen Bestimmungen der Entwicklung hinterher. Mehrere Regionalspitäler haben die monetären Fehlanreize bereits aus ihren Vergütungssystemen entfernt. Auch der Zürcher Stadtrat hat kürzlich ein neues Honorarmodell für das Stadtspital Waid und Triemli zuhanden des Gemeinderats verabschiedet. Er hat die Lohnobergrenze bei 800'000 Franken festgesetzt. Heute erzielt der meistverdienende Kaderarzt der Stadt laut Angaben des Gesundheitsdepartements einen Jahreslohn von 690'000 Franken

Am 5. Juli wird der Kantonsrat erneut über das Universitätsspital diskutieren. Dann geht es um den Untersuchungsbericht zu den Vorfällen in mehreren Kliniken, die vergangenes Jahr bekannt geworden sind.

**Subventionen ausweiten**

Mit einer knappen Mehrheit von Mitte-links hat der Kantonsrat eine massgebende Neuerung beschlossen: Der Kanton kann künftig mehr Subventionen für medizinische Angebote sprechen, die aus gesellschaftlicher Sicht sinnvoll sind, die aber durch die geltenden Tarife ungenügend vergütet werden. Bisher waren solche Subventionen beschränkt auf Leistungen für Kinder und Jugendliche sowie auf stationäre psychiatrische Angebote. Neu sollen auch erwachsene Patientinnen und Patienten in Akutspitälern oder in Reha-Kliniken profitieren. Zudem ist auch eine Unterstützung von ambulanten Leistungen möglich. Gesundheitsdirektorin Natalie Rickli (SVP), welche die Änderung vorgeschlagen hatte, nannte vor dem Kantonsrat die Akutgeriatrie und das Home Treatment als Beispiele.

**Mobile Krisenteams**

Das Stadtspital Waid behandelt sehr viele alte Menschen mit komplexen Krankheitsbildern. Die Tarife für die Akutgeriatrie sind aber nicht kostendeckend. «Der Kanton soll das Spital in diesem Bereich finanziell unterstützen können, um diese für die Bevölkerung wichtige Versorgung weiterhin sicherstellen zu können», sagte Rickli. Auch die Behandlung von psychisch kranken Menschen zu Hause werde durch die Krankenkassen nur teilweise abgegolten. Ungedeckt bleiben die sozialtherapeutischen Leistungen und die Wegkosten des Fachpersonals. Das Home Treatment zu subventionieren, ist laut Rickli nicht nur für die betroffenen Menschen sinnvoll, sondern auch aus finanzieller Sicht: «Mobile aufsuchende Krisenteams sind immer noch wesentlich günstiger als die stationäre Behandlung der Patienten.» Rickli versicherte den bürgerlichen Gegnern, der Regierungsrat werde das Geld nicht leichtfertig ausschütten. Zudem entscheide abschliessend der Kantonsrat selber, indem er mit dem Budget die Subventionen bewillige. (an)

## Auswahl der Kandidaten trägt Natalie Ricklis Gesundheitsdirektion viel Kritik ein

**Wahl mit Misstönen** Der Kantonsrat bestimmte drei neue Mitglieder im Aufsichtsgremium des Unispitals. Eine Frau stand nicht zur Wahl.

«Frau Regierungsrätin, dieser Alterrenclub kann doch nicht Ihr Ernst sein?», fragt Lorenz Schmid, der Apotheker aus Männedorf, als er im Namen seiner Partei Die Mitte ans Rednerpult des Kantonsrats tritt. Er schaut nach rechts, wo Natalie Rickli sitzt, die angesprochene Regierungsrätin.

Was hat die SVP-Politikerin in seinen Augen falsch gemacht? An diesem Morgen geht es um den Spitalrat des Universitätsspitals Zürich. Das siebenköpfige Gremium hat die Aufsicht über das Krankenhaus, mit 8400 Angestellten eines der grössten der Schweiz. Der Spitalrat bestimmt, wo es im Spital langgeht, punkto Betriebskultur, Kommunika-

tion, Direktion und so fort. Weil in letzter Zeit immer wieder gröbere Missstände bekannt wurden und weil der amtierende Präsident des Spitalrats, Martin Waser, sowie zwei weitere Mitglieder – Annette Lenzlinger und Urs Lauffer – vorzeitig zurücktreten, ging Natalie Rickli auf die Suche nach neuen Mitgliedern.

Sie präsentierte drei Männer. Erstens: André Zemp, 59-jähriger Betriebsökonom aus dem Aargau, seit gut drei Jahren Direktor der Stadtzürcher Spitäler Triemli und Waid. Er soll Präsident des Spitalrats werden.

Zweitens: Serge Gaillard, bald 66 Jahre alt. Er war 14 Jahre lang Direktor der Eidgenössischen

Finanzverwaltung. Anfang Jahr ging das SP-Mitglied in Pension. Zu Beginn seiner Karriere war er Chefökonom beim Schweizerischen Gewerkschaftsbund, und noch früher, in der Jugend, Mitglied der Revolutionären Marxistischen Liga. Seine Karriere: vom Staatsfeind zum Starbeamten.

Drittens: Jürgen Holm, 59, Professor für Medizininformatik an der Fachhochschule Bern. Er umschrieb seine Philosophie einmal so: «Die Digitalisierung in unseren Unternehmungen und Institutionen als «Haltung» verstehen und annehmen».

Jetzt sollte der Kantonsrat drei in den Spitalrat wählen. Womit das Gremium aus fünf Män-

nern und zwei Frauen bestünde. Für viele Parlamentarierinnen ist das unverständlich. Von FDP bis Grüne, von Mitte bis SP, von GLP bis AL klingt die Kritik gleich: Die fachliche Qualifikation der Kandidaten sei hervorragend. Aber der Frauenanteil viel zu tief.

**Motion angekündigt**

«Das ist keine ausgewogene Verteilung der Geschlechter», sagt Nora Bussmann, grüne Kantonsrätin und Schulleiterin aus Zürich-Unterstrass. 69 Prozent der Unispital-Belegschaft seien weiblich. «Die nun zur Wahl stehenden Personen sind alle beeindruckende Persönlichkeiten», sagt Bettina Balmer von der FDP, Kin-

derchirurgin aus der Stadt Zürich. Das Problem liege anderswo: Die Gesundheitsdirektion sowie die beauftragte Headhunterfirma hätten keinen guten Job gemacht.

Ähnlich sieht es Esther Straub von der SP, Pfarrerin in Zürich-Schwamendingen. Sie kündigt eine Motion an. Damit sollen die Kriterien für die Wahl von Mitgliedern eines Aufsichtsgremiums festgelegt werden – vom Spitalrat über den Verwaltungsrat der Elektrizitätswerke bis zum Bankrat der ZKB. «Neben Frauenanteil, Alter und Ausschreibeverfahren können weitere Kriterien diskutiert werden», sagt Straub.

Schliesslich sagt Apotheker Schmid: «Solche Zusammenset-

zungen sind nicht haltbar. Sie sind für die Unternehmenskultur, für den Erfolg nicht zielführend.» Man anerkenne die Qualifikation der Kandidaten, doch um solche Ärgernisse künftig zu verhindern, werde er die SP-Motion unterstützen. Dann gab er den Kandidaten noch einen Rat: «Suchen Sie nach Ihren weiblichen Elementen in sich – alle wir Männer haben sie.»

Zum Ende wurden alle drei Männer gewählt. André Zemp als Präsident des Spitalrats erhielt 161 Stimmen. Serge Gaillard machte 120, Jürgen Holm 114 Stimmen; ihre Wahl lehnten GLP, FDP und vereinzelte Linke und Grüne ab.

**Kevin Brühlmann**